Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags nachm. 4 Uhr. Bezugspr. monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut ausliegender Preisliste Nr. 6. — Ziffer-Gebühr: 30 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß — Bei Konkurs und

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 33 — 95. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 8. Februar 1936

Wettlauf um Ausfuhr.

Deutsche Uhren und deutsches Spiegelglas im Ausland stärker gefragt — Brasilien Deutschlands bester Baumwolllieferant — Warum steigen die Arbeitslosenziffern auf der „glücklichen Insel"?

Aus den deutschen Ausfuhrwünschen ist unter dem Druck der Verhältnisse längst ein Ausfuhrzwang geworden. Wir müssen heute darauf bedacht sein, jeden erdenklichen Warenposten auszuführen, um damit unsere außerordentlich knappe Devisendecke zu verlängern. Dabei muß auch der kleinsten Ausfuhrmöglichkeit nachgegangen werden, selbst auf die Gefahr hin, daß sie, wie es heute in den meisten Fällen ist, mit finanziellen Opfern erkauft werden muß. Diese Erfahrung der Ausfuhr unter Opfern hat im abgelaufenen Jahre auch die deutsche Uhrenindustrie machen müssen. Ihr gelang es, ihre Ausfuhr von 62 700 Doppelzentner auf 71 200 Doppelzentner zu steigern. Allerdings bleibt sie mit diesem Ergebnis noch um ein beträchtliches hinter dem Ausfuhrergebnis von 1928 zurück. Aber die letztjährige Steigerung von 8500 Doppelzentner fällt bei den wachsenden Schwierigkeiten, die sich der deutschen Ausfuhr entgegenstellen, doch stark ins Gewicht. Von dieser Steigerung wurden vor allem Wanduhren und Standuhren betroffen. Leider aber steht, wie in den meisten Fällen, gleichgültig, ob es sich um die Erzeugnisse der Großindustrie oder der Kleinindustrie handelt, die geldliche Aufbesserung in keinem Verhältnis zur Umsatzsteigerung. Denn die gesamten 8500 Doppelzentner, die mehr an Uhren ausgeführt wurden, ergaben nur einen zusätzlichen Ausfuhrertrag von zwei Millionen Mark. Der beste Kunde für die deutschen Uhrenerzeugnisse, gleich welcher Art, ist nach wie vor Großbritannien.

In der Reihe der Waren, die im Vorjahr nicht nur ihre Inlandsabsätze ganz beträchtlich erhöhen konnten, sondern auch verlorengegangene ausländische Absatzmärkte zurückgewannen, gehört auch die Spiegelglasindustrie. Auf dem Inlandsmarkt kam ihr vor allem die verstärkte Bautätigkeit der öffentlichen Hand zugute, die vielfach auf das Spiegelglas trotz der guten Erfolge mit dem Ziehglas zurückgriff. Der Auslandsversand, der durch die dem Spiegelglassyndikat in Köln nahestehende deutsche Spiegelglas-Ausfuhrgesellschaft in Aachen erfolgt, hat für 1935 eine zwanzigprozentige mengenmäßige Steigerung gegenüber dem Vorjahr aufgewiesen. Allerdings sollen auch hier die Preisopfer recht beträchtlich gewesen sein.

An keinem Rohstoff, den Deutschland aus dem Ausland einführt, zeigen sich die Auswirkungen des Neuen Planes so deutlich wie bei der Baumwolle. Der Neue Plan besagt ausdrücklich, daß nur die Waren bezogen werden dürfen, für deren Bezahlung die notwendigen Devisen vorhanden sind, und daß nur aus den Ländern Waren eingeführt werden dürfen, die ihrerseits deutsche Waren dagegenkaufen. In früheren Jahren war es stets so Brauch, daß wir mindestens 80 v. H. unseres deutschen Baumwollbedarfs aus den Vereinigten Staaten einführten. Dieser Brauch konnte seit 1934 nicht mehr beibehalten werden, weil die Vereinigten Staaten sich weigerten, die bis dahin in großen Mengen bezogenen deutschen Fertigwaren aus Deutschland zu kaufen. Sie erklärten dieses Vorgehen mit der Notwendigkeit, den Absatz ihrer eigenen Industrien schützen zu müssen. Durch diese Haltung haben die Vereinigten Staaten uns selbst dazu gezwungen, uns nach anderen Baumwolllieferanten umzusehen. Nach solchen nämlich, die bereit waren, ihre Baumwolle gegen deutsche Industrieerzeugnisse einzutauschen. Unter den jetzigen Baumwolllieferanten Deutschlands steht Brasilien an erster Stelle. Es hat längst die Vereinigten Staaten überflügelt. Außerdem liefern Ägypten, Britisch-Indien, Peru, die Türkei, Argentinien, der Iran und einige andere Länder uns den so notwendigen Rohstoff. Unsere im letzten Jahr stark gebesserten wirtschaftlichen Beziehungen zu den südamerikanischen ABC-Staaten beruhen nicht zuletzt auf der Tatsache des deutschen Warentausches gegen Baumwolle. Der außerordentliche Rückgang der Baumwolleinfuhr aus den Vereinigten Staaten, die heute nur noch ein Fünftel ihres Umfanges vom Jahre 1933 beträgt, hat sich bereits weitgehend auf die amerikanischen Baumwollfarmer ausgewirkt. Während Deutschland in der Nachkriegszeit durchschnittlich 10 bis 15 v. H. der amerikanischen Baumwollernte abnahm, waren es im vergangenen Jahr nur noch 3 bis 4 v. H. Auf diese Weise ist die amerikanische Landwirtschaft letzten Endes das Opfer der Zugeständnisse geworden, die der Industrie und ihrer Schutzzollpolitik gemacht werden mußten.

In der Reihe der Länder, die das Jahr 1935 mit einem ungewöhnlichen Wirtschaftsaufstieg durchlaufen haben, ist immer wieder England genannt worden. Der Aufschwung hatte dazu geführt, daß England allgemein wieder der Titel der „glücklichen Insel" zuerkannt wurde. So viel Anzeichen für die Berechtigung dieses Beinamens sprechen mögen, wenn man die Entwicklung beispielsweise in der Bauindustrie oder in der Flugzeugindustrie verfolgt, so viel Anzeichen beginnen allmählich aber auch gegen diese Tatsache zu sprechen. Am meisten überrascht die unbarmherzige Tatsache der in schnellem Tempo ansteigenden englischen Arbeitslosigkeit. Im Juni 1929 waren 9,6 Prozent, im Dezember 1929 11,1 Prozent der von der englischen Arbeitslosenversicherungsstatistik Erfaßten erwerbslos. 1932 stieg der Anteil für Juni auf 22,3 und für Dezember auf 21,7 Prozent. 1935 ist die Wiedereingliederung in den Wirtschaftsprozeß erst so weit gelungen, daß im Dezember noch 14,2 Prozent der Eingetragenen erwerbslos waren. 14,2 Prozent, das bedeutet zur Zeit in England etwas über zwei Millionen arbeitslose Menschen. Die umfangreichen Lohnkämpfe sowohl im Bergbau wie in einigen anderen Industrien dürften in den nächsten Monaten die Zahl der Arbeitslosen weiter heraustreiben. Das liegt zum weitaus größten Teil daran, daß gerade die Industrien, die in früheren Jahren zum größten Teil für die Auslandsmärkte arbeiteten, wie der Bergbau und die Textilindustrie, heute ihre Absatzgebiete im Ausland großenteils einschrumpfen sehen. Ähnlich wie in den Vereinigten Staaten hat England sich diese Entwicklung selbst zuzuschreiben, da es nämlich durch seinen Übergang vom Freihandel zur rücksichtslosen Schutzzollpolitik viele seiner Abnehmer verstimmt und verloren hat. Nicht nur in Deutschland, sondern in den meisten Industriestaaten besteht heute notgedrungen der Grundsatz der Gegenseitigkeit im Warenaustausch. So kam es, daß der Wert der englischen Ausfuhren im letzten Jahr bereits um 45 v. H. unter dem des guten Ausfuhrjahres 1929 lag. Am stärksten von diesem Rückgang war der Kohlenbergbau betroffen, um so mehr, da Öl und Elektrizität vielerorts der englischen Kohle den Rang streitig gemacht haben. Ähnlich erging es der Textilindustrie, bei der allerdings die Hauptursache der japanische Wettbewerb war. Die scharfen Preisunterbietungen Japans am Baumwollmarkt haben England nicht nur um einen Teil seiner früheren Absatzgebiete gebracht, sondern machen es ihm auch unmöglich, den an sich berechtigten Lohnforderungen der Textilarbeiter nachzukommen, da die durch sie hervorgerufene Preissteigerung für Baumwolle England weiter vom Markt verdrängen würde.

Die Rohstoff- und Kolonialfrage.

Prüfung der Kolonialfrage durch die englische Regierung.

Die englische Öffentlichkeit beschäftigt in starkem Maße die Unterhaus-Aussprache, in der der ehemalige Führer der englischen Arbeiterpartei, Lansbury, eine internationale Konferenz zur Rohstoffrage gefordert und in der der Liberale Lloyd George die Kolonialfrage angeschnitten hat. Nach einer Mitteilung der englischen Zeitung „Daily Herald" hofft man in amtlichen Londoner Kreisen, die Frage der kolonialen Rohstoffe und der Neuverteilung der Mandate durch einen Ausschuß des Völkerbundes klären lassen zu können. Eine „vorläufige Prüfung" der Kolonialfrage durch die britische Regierung sei bereits in vollem Gange.

In der „Daily Mail" schreibt der britische Politiker Sir Evelyn Wrench, daß von dem englischen Vorgehen zum großen Teil die Zukunft der Zivilisation abhänge. Er sei überzeugt, daß es keine Stetigkeit und Festigkeit in einer Lage geben könne, die es fünf Staaten erlaube, alle erwünschten Kolonialgebiete in der Welt zu besitzen, solange diese Staaten den anderen Ländern Hindernisse in den Weg legen und ihre Kolonien als wirtschaftliche Ausbeutungsobjekte betrachten. Der englische Politiker Lord Allen of Hurtwood erklärte im Verlauf einer Rede, die Neuerwägung der Kolonialfrage müsse rasch in Angriff genommen werden, bevor sie eine kritische Gestalt annehme.

Englische Gelder für Flottenaufbau der Sowjets?

Nach einer Meldung der englischen Zeitung „Daily Dispatch" beabsichtigt Sowjetrußland, in großzügigem Maßstabe seine Flotte auszubauen. Ein großer Teil des riesigen Militärhaushalts für dieses Jahr, das mit 14,8 Milliarden mehr als ein Fünftel des gesamten nationalen Einkommens ausmache, sei für den Bau einer mächtigen Zerstörerflotte sowie einer Anzahl Großkampfschiffe bestimmt. Das Blatt glaubt zu wissen, daß beträchtliche Aufträge — vermutlich für einige Schlachtschiffe — nach England vergeben würden, womit auch das Geheimnis der Tätigkeit des Marschalls Tuchatschewski, der seit den Trauerfeierlichkeiten in London weilt, gelöst sein dürfte.

Eine tolle Fälschung.

Wie ein französischer Abgeordneter Rüstungspropaganda betreibt.

Die französische politische Wochenschrift „Vendredi" und die französische Sportzeitung „L'Auto" decken eine unerhörte Fälschung auf, die voraussichtlich noch ein Nachspiel haben wird.

Der Berichterstatter des Luftfahrthaushalts, Abgeordneter Vernier, hatte seinerzeit während der Beratung des Haushaltsplanes in der französischen Kammer in seinem 228 Druckseiten langen Bericht ganze fünf Seiten der Wiedergabe einer Denkschrift gewidmet, die angeblich vom Großen deutschen Generalstab veröffentlicht sein sollte und in der „der deutsche Generalstabschef General Reuß" sich mit der Notwendigkeit einer starken Luftflotte auseinandersetzt und den Willen Deutschlands zum Ausdruck bringt, diese Luftwaffe so auszubauen, daß sie in der Lage ist, jede Operation des Gegners auf dem Lande zu neutralisieren. Gewisse französische Kreise, die über die Zusammensetzung des deutschen Generalstabes einigermaßen unterrichtet sind, gingen nach Veröffentlichung des Berichtes des Abg. Vernier, der mit der Berichterstattung über den Lufthaushalt betraut war, den Dingen nach und haben folgendes festgestellt:

Der inzwischen verstorbene italienische General Douhet hat in seinem in militärischen Kreisen wohlbekannten Buch „Der Luftkrieg" die Entwicklung eines Zukunftskrieges zwischen zwei Großmächten behandelt

und in diesem Zusammenhang der militärischen Organisation Frankreichs und Deutschlands ein besonderes Kapitel gewidmet. Die darin enthaltenen Ausführungen waren dem Zweck und dem Sinn des Buches entsprechend theoretische Annahmen des Verfassers, der absichtlich Zukunftsmöglichkeiten behandelte. General Douhet hat zu diesem Zweck einen deutschen Generalstab erfunden und an seine Spitze die ebenso fiktive Persönlichkeit des „Generals Reuß" gestellt, der dem Deutschen Reichskanzler angeblich einen Plan unterbreitet habe.

Dieser Plan ist natürlich ebenso eine freie Annahme wie die Figur des Generals Reuß.

Den Berichterstatter des französischen Lufthaushalts hat dies aber nicht daran gehindert, die Seiten 124 bis 127 der Abhandlung des Generals Douhet über den Zukunftskrieg in seinen Bericht zu übernehmen und ihm einen amtlichen Anstrich zu geben.

Auf Seite 9 bis 10 seines Berichts heißt es u. a.: „Um die deutsche Auffassung besser zu verdeutlichen, halten wir es für zweckmäßig, auszugsweise ein Schriftstück wiederzugeben, das von dem großen deutschen Generalstab veröffentlicht worden ist." (!!) „L'Auto" verlangt, daß man die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehe. Eine Untersuchung sei auf alle Fälle notwendig, denn das französische Parlament habe diese neue Schädigung seines Ansehens wirklich nicht nötig.

Anerkennung des Reichsarbeitsdienstes im Ausland.

Freispruch eines tschechischen Gerichts gegen zwölf Sudetendeutsche, die im Reichsarbeitsdienst tätig waren.

Der Schutzgesetzprozeß gegen zwölf Sudetendeutsche, die wegen Teilnahme an den Landdienstbestrebungen des Bundes der sudetendeutschen Landjugend und wegen Teilnahme am Landdienst in Deutschland des Verbrechens der Vorbereitung von Anschlägen auf die Tschechoslowakische Republik angeklagt waren, endete nach viertägiger größtenteils geheim geführter Verhandlung vor dem Kreisgericht in Leitmeritz mit dem Freispruch aller Angeklagten. Nach der Urteilsverkündung wurden die Beschuldigten, die sich seit längerer Zeit in Haft befanden, sofort auf freien Fuß gesetzt.

Der Freispruch beruft sich auf Akten des tschechoslowakischen Innen-, des Außen- und des Justizministeriums, in denen die Landdienstübungen des Bundes der sudetendeutschen Landjugend als einwandfrei bezeichnet werden.

Hinsichtlich des reichsdeutschen Landdienstes lagen Auskünfte des tschechoslowakischen Außenministeriums vor, wonach in den Unternehmungen dieses Landdienstes eine gegen andere Staaten gerichtete Politik nicht betrieben werde.

Das Gericht habe zwar als erwiesen angenommen, daß der Landdienst in Deutschland, an dem ein Teil der Beschuldigten teilgenommen habe, unter Aufsicht der NSDAP stehe, es sei jedoch nicht erwiesen, daß er eine gegen die Tschechoslowakei gerichtete Politik betreibe. Das Gericht habe ferner erkannt, daß die in der Anklageschrift erhobene Beschuldigung, die Angeklagten hätten mit staatsfeindlichen ausländischen Faktoren in Verbindung gestanden, in keiner Weise erwiesen worden sei.

Der Vorteil der Holzabfuhr mit Pferd und Wagen ist, daß der Fuhrmann — | viel höhere Anschaffungspreis bald abgetragen. Nur des Interesses halber sei hier erwähnt, | gekommen! Niemals soll dieser die Wagen- | lampe zu Hause lassen in der Annahme,